Offener Brief und Aufruf - An alle Unternehmungen, Schulen und Bildungsinstitutionen der Schweiz:

Zeit, Mut zu fassen! Zertifikat-Freiheit für alle! Viel Glück - Retten Sie rechtzeitig Ihren Betrieb vor dem finanziellen Untergang!

Werte Betriebsleiter, werte Bildungsverantwortliche,

Gemäss dem freien KMU-Verband arbeitet 95% der Schweizer Bevölkerung in kleinen und mittleren Unternehmungen. Mit Einführung des Zertifikats für Kunden, Auszubildende und Angestellte drohen einerseits unmittelbare Betriebsstörungen und massive Umsatzverluste. Anderseits sind Kunden, Auszubildende und Angestellte durch die behördlich angeordnete Zertifikationspflicht in Ihren Grundrechten verletzt und von entsprechenden Folgen bedroht.
Die Zertifikatspflicht, vom Bundesrat am 8. September als Verordnung eingesetzt, ist eine Empfehlung - kein Muss! Bussen können angedroht, aber nicht durchgesetzt werden! Dies bezeugt das Schweizer Parlament in der Woche zu Beginn der Herbstsession (Woche 36) und distanziert sich in der Anwendung bei sich selber davon. Mehrere spezialisierte Schweizer Anwälte äussern sich sinngemäss wie folgt:

Hiermit hat eine massive Einschränkung unserer Grundrechte stattgefunden, die zwingend einer gesetzlichen **Grundlage** bedarf. Damit erfüllt unsere Regierung unter anderem den Strafbestand der Nötigung, und macht Recht zu Unrecht, indem der **Bundesrat sich mit der erweiterten Zertifikatspflicht und den Massnahmen vom 8. September 2021 strafbar gemacht hat!**
Einschränkungen von Grundrechten bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. **So stellt Artikel 181 Nötigung unter Strafe**. **Weder das COVID 19 Gesetz noch das Epidemiegesetz sehen dies bestimmend vor**. Bussen können wegen der sog. Verletzung der Zertifikatspflicht gerichtlich nicht durchgesetzt werden, weil das **Bestimmtheitsgebot, Art. 1 StGB** verletzt wird. **Damit besteht keine gesetzliche Grundlage**, die Verordnung, auf welcher die Zertifikatspflicht beruht, hat keinen **Gesetzesstatus.** Die Zertifikatspflicht ist daher eine **Empfehlung und kein Muss!** Warum also diese Zwänge und Diskriminierungen, umsomehr diese Massnahme verfassungswidrig, willkürlich und in höchstem Masse schädlich ist. Damit scheint der Bundesrat kein Problem zu haben! Es scheint dem Bundesrat ebenfalls kein Kopfzerbrechen zu verursachen, seine Bürger durch seine Massnahmen ihrer Freiheit und ihrer Rechte in allen Lebenslagen zu berauben, auch vor Diskriminierung bis zur Körperverletzung schreckt er nicht zurück.

Weil ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung sich nicht regierungskonform verhält, greift unsere Bundesregierung nun zu fragwürdigen Strategien, mit welchen sie versucht, unsere Moral und unsere Auflehnung zu untergraben. Wir werden in unserer Handlungsfreiheit beeinträchtigt und wir müssen erkennen, dass die eingeleiteten Massnahmen und der Plan, für die Tests Gebühren zu erheben, nur darauf abzielen, die Ungeimpften zu zwingen, sich impfen zu lassen. Es handelt sich also um einen echten Zwang, auch wenn er verschleiert ist.» Um Sie zum Einlenken zu bringen, wird oftmals nicht nur mit einer Busse gedroht, sondern diese auch ausgesprochen.

Empfehlung
Erheben Sie Rekurs gegen die Busse und argumentieren Sie so wie nachfolgend beschrieben. Es werden in zeitnaher Zukunft entsprechende Schriftstücke vorbereitet, welche dann für die Argumentation vor Gericht verwendet werden können. So können Sie sich dann selbständig wehren und aufzeigen, dass es keine ausreichende gesetzliche Grundlage für Bussen gibt.

Bleiben Sie daher auf jeden Fall standhaft und sollten Sie in Polizeikontrollen oder Kontrollen durch den Arbeitsinspektor kommen, verlangen Sie nach der gesetzlichen Grundlage, wonach die Zertifikatspflicht umgesetzt werden müsse. Nach dem Stand der Dinge vom 10.09.21 wird man nicht in der Lage sein, diese vorzulegen. Nennen Sie die vorgenannten Argumente und lassen Sie die Polizei oder den Arbeitsinspektor beweisen, (indem Sie nach der Vorlage der entsprechenden Gesetze verlangen), dass Sie falsch liegen. Solange kein Gesetz der Pflicht zugrunde liegt, sind es lediglich Empfehlungen.

Merken Sie sich: die Beweispflicht liegt nicht bei Ihnen, sondern bei den Behörden.

Nichtgeimpften, im Gegensatz zu den Geimpften, wird eine ganze Reihe von Freizeitaktivitäten verwehrt. In Tat und Wahrheit wird jedoch ein Teil der Bevölkerung, unter Vorspieglung falscher Tatsachen, zu ‹Versuchspersonen› der Pharmakonzerne gemacht, obwohl, nach eigenen Aussagen der Impfbefürworter, die langfristigen Auswirkungen noch nicht eingeschätzt werden können. Die Geimpften werden belohnt, derweil sie das Virus ebenso frei übertragen. Bis heute gibt es zum Beispiel keine seriösen Studien die belegen, dass das Virus in Restaurants und Fitnessstudios übertragen wird, nicht aber in politischen Versammlungen und Kirchen!
Art. 40 EpG bietet keinesfalls eine ausreichende gesetzliche Grundlage, weder für landesweite oder dauerhafte Lockdowns, für Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit, noch für einen faktischen Impfzwang, also auch nicht für eine über 4-monatige, landesweite Zertifikats-Pflicht. Dieses Gesetz erlaubt es dem Bundesrat, selbst unter einem epidemiologisch begründeten Notrecht nicht, eigentliche, schweizweite Lockdowns **anzuordnen und** Einrichtungen, Veranstaltungen oder Unternehmen dürfen in diesem Rechtsstatus nicht über längere Zeit geschlossen oder **Personal zu Impfungen gezwungen werden**. Selbst dann nicht, wenn dies nur für eine kurze Dauer wäre.

Art. 231 Strafgesetzbuch weist darauf hin, dass die Vermehrung einer menschlichen Krankheit unter Strafe gestellt werden kann. Der Impfstoff ist der Ursprung der Entwicklung von Varianten weshalb Fachleute immer die Meinung vertreten haben, dass man während einer Pandemie nicht impfen sollte, da man sonst neue Varianten entwickelt.
Leider hat sich dieses Risiko heute in Israel, Grossbritannien, Island und anderen Ländern verwirklicht, alles Länder, in denen die Mehrheit der Menschen geimpft ist und wo es zu einem besorgniserregenden und unerwarteten Anstieg der Krankheit kommt. Impft man weiterhin um jeden Preis, fördert man die Entwicklung neuer Varianten und damit die Verbreitung einer gefährlichen und übertragbaren menschlichen Krankheit. Die objektiven Voraussetzungen des Straftatbestandes nach Artikel 231 des Strafgesetzbuchs sind somit ebenfalls gegeben.
Mit seiner Strategie, die im besten Fall ein Mangel an Bewusstsein und im schlimmsten Fall eine nicht zu verleugnende Absicht sein kann, wird die **Zerstörung des sozialen Zusammenhaltes** gefördert. Die am 8. September 2021 getroffenen Massnahmen werden die Kluft zwischen Geimpften und Ungeimpften nur noch weiter vertiefen.
Schon vor diesen Massnahmen war es dem Bundesrat gelungen, die Nichtgeimpften in den Augen der Geimpften zu stigmatisieren. Auf diese Weise hat unsere Regierung eine ernsthafte Spaltung innerhalb der Bevölkerung herbeigeführt, eine Spaltung, die bis in die Familien hineinreicht. Konnte man anfangs noch Zweifel hegen, so ist dies heute nicht mehr der Fall, da man weiss, dass die Geimpften Überträger der Krankheit sind und dass sie sogar schwere Formen der Krankheit entwickeln können.
Warum also, werden mit den jüngsten Massnahmen die Ungeimpften weiter aus der Gesellschaft ausgeschlossen und warum verschärft unsere Regierung die soziale und familiäre Spaltung weiter? Anstatt Abhilfe zu schaffen und die derzeitigen Auswüchse zu stoppen, wird die Situation zugespitzt.

Es wäre höchste Zeit, dass sich unsere Regierung nun für die Interessen des Volkes einsetzt, und den sozialen Zusammenhalt in der Schweiz unterstützt. Es muss die Situation auf der Grundlage der aktuellen Fakten und Erkenntnisse analysiert werden um nicht eine Impfstrategie zu verfolgen, die nicht nur ineffektiv, sondern auch destruktiv für die Wirtschaft, die Gesundheit und den sozialen Zusammenhalt ist.

Leider scheinen wir als Unternehmer, Studenten, Kinder, Kulturschaffende, kurz normale Bürger, von der Gewalt des Staates nicht mehr geschützt zu sein. **Wir müssen unser Schicksal nun selbst in die Hand nehmen (Art. 6 BV) und unsere Rechte und Gesundheit verteidigen**, vorallem aber, um die Kinder und die Jugend zu schützen. Lassen wir es also nicht «gut sein», sondern setzen wir uns für unsere Rechte ein!

Zeit, Mut zu fassen! Zertifikat-Freiheit für alle! Retten Sie rechtzeitig Ihren Betrieb vor dem finanziellen Untergang! corona@gesundheitsbewegung.ch

Verband Freie KMU
selbstbestimmt & eigenverantwortlich

Mouvement Santé en Suisse
Bewegung Gesundheit in der Schweiz
Movimento Salute in Svizzera